Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg, Sitzung am 7.12.2019 in Ludwigsburg

Beschluss: **Kunststoffverpackungen haben vielfältige Funktionen**

Wenn man über Plastik spricht, assoziieren damit viele Verbraucherinnen und Verbraucher Verpackungen. Insbesondere Lebensmittelverpackungen und Verpackungen aus dem Einzelhandel stehen dabei aktuell in der kritischen Diskussion. Häufig wird dabei jedoch unterschätzt, welche Funktion Verpackungen haben. Bei der Nutzung von Verpackungen geht es in erster Linie um den Schutz der Waren, um die Reduktion von Lebensmittelverschwendung und um die Einhaltung von Hygienevorschriften. Viele Lebensmittel sind deutlich kürzer haltbar, wenn sie unverpackt sind. Verpackungsgrößen sind mit der steigenden Zahl an Singlehaushalten in Deutschland Veränderungen unterworfen. Kleine Verpackungseinheiten und auch Convenience Produkte sind gefragt. Und auch der Versandhandel hat zugenommen und - um zusätzlich Transportschäden zu vermeiden - auch die dadurch indizierte Zunahme an Verpackungen.

Kunststoffe sind leicht und verursachen damit im Transport weniger CO2. Richtig genutzt, können sie vielfach recycelt und wiederverwendet werden. Im direkten Vergleich mit anderen Materialien wie Papier oder Glas haben sie durch den geringen Ressourceneinsatz im ökobilanziellen Vergleich oftmals auch Vorteile für die Umwelt. Diese Aussage gilt dann, wenn Kunststoff nicht in die Umwelt gelangt. Statt Plastik pauschal zu verteufeln müssen wir daher dafür Sorge tragen, dass Kreisläufe geschlossen werden, der Rohstoff Plastik hochwertig wiederverwendet wird und kein Plastik in den Boden oder in unser Wasser gelangt.

1. Kunststoffe in Deutschland

In Deutschland, wo es ein hohes Bewusstsein für den Schutz der Umwelt gibt, werden Kunststoffe zu 99% verwertet. Ein großer Anteil des in Deutschland genutzten Kunststoffs wird bei ordnungsgemäßer Entsorgung in den Recyclingkreislauf geführt. Die Recyclingrate liegt dabei bei 47%, die energetische Verwertung bei 53% (https://www.bvse.de/images/news/Kunststoff/2018/181011_ Kurzfassung_Stoffstrombild_2017.pdf). Damit gelangen aus Deutschland große Mengen an Makroplastik weder in die Umwelt noch ins Meer.

Allerdings sind unsere Gewässer mit Mikroplastik belastet. Studien zeigen auf, dass Deutschland im Wesentlichen ein Mikroplastik-Problem hat, welches durch die Gewässer auch in die Ozeane emittiert wird.

Eine Pilotstudie (Mikroplastik in Binnengewässern Süd- und Westdeutschlands) aus insgesamt fünf Bundesländern zeigt, dass rund 99% der Kunststoffpartikel in den Binnengewässern kleiner als 5 Millimeter sind, der Anteil an sehr kleinen Partikeln mit einer Größe zwischen 0,02 und 0,3 Millimetern lag bei 62%. Die Herkunft des Mikroplastiks ist noch nicht ausreichend erforscht. Bekannte Eintragswege sind der Straßen- und Reifenabrieb, die Emission durch Kunstrasenplätze und das waschen synthetischer Fasern.

Sicher ist jedoch, dass durch das sog. „Littering“ Plastik in die Umwelt gelangt. Unter Littering versteht man das absichtliche Wegwerfen von Müll – wie Einwegkaffeebecher, aber auch Zigarettenstummel, Süßigkeitenpapiere und andere Gegenstände in die Umwelt. Hier sehen wir die Städte und Kommunen in der Pflicht, angepasste Anti-Littering-Konzepte für ihre Stadt aufzustellen und für ein ausreichendes Angebot an öffentlichen Mülleimern und Straßenreinigung, aber auch für bewusstseinsbildende Maßnahmen bspw. an Schulen zu

sorgen. Dort wo angebotsorientierte Maßnahmen nicht ausreichen, ist das Ordnungsrecht verschärft anzuwenden.

Als häufige Lösung für die Umweltverschmutzung durch konventionelle Kunststoffe werden die biobasierten oder bioabbaubaren Kunststoffe genannt. Diese haben den Vorteil, dass sie sich unter bestimmten Bedingungen in der Umwelt zersetzen können. Was in der Umwelt als Vorteil anzusehen ist, stellt bei gemeinsamer Sammlung mit konventionellem Kunststoff einen erheblichen Nachteil dar. Große Mengen an Kunststoff werden jährlich werkstofflich recycelt (2,8 Mio. Tonnen im Jahr 2017). Gelangen durch Sortierfehler bioabbaubare Kunststoffe in die Ströme der recycelbaren Fraktionen, kommt es zu massiven Qualitätsverlusten im entstehenden Recyclat. Während bioabbaubare Kunststoffe dafür entwickelt wurden, sich möglichst zu zersetzen, wurden konventionelle Kunststoffe dahingehend entwickelt, dass sie besonders haltbar sind. Klar gegensätzliche Eigenschaften, die in Kombination weder dem einen noch dem anderen Ziel dienen.

Zudem führt der Anbau der Rohstoffe zu einer veränderten Landnutzung. Die entsprechenden Flächen stehen dann nicht mehr der Nahrungs- und Futtermittelproduktion oder der Etablierung wertvoller Biodiversitätsflächen zur Verfügung. Die Verwendung von Abfall anstelle nachwachsender Rohstoffe ist dagegen positiv zu bewerten.

Die Abbaubedingungen für bioabbaubare Kunststoffe sind in der Umwelt selten gegeben, da genau der richtige Gehalt an Sauerstoff, Licht, Temperatur und Feuchtigkeit zu Verfügung stehen muss. Alle genannten Parameter herrschen im Boden, vor allem aber auch im Meer nicht vor. Und auch unsere bisherigen Biomüllanlagen können bioabbaubare Biomülltüten derzeit nur eingeschränkt zersetzen mit der Folge, dass Meso-und Mikroplastiken mit den Gärresten in die Umwelt ausgebracht werden.

Bioabbaubare Kunststoffe können und müssen aber weiterentwickelt werden, zum Beispiel für Freilandanwendungen. Mit einer neuen Generation Kunststoff könnten Kunstrasensportplätze gelenkschonend und gleichzeitig umweltfreundlich mit einem solchen neuen Material befüllt werden.

2. Kunststoffe in Europa

In Europa gilt die Müllentsorgung als Teil der Daseinsvorsorge. Entsprechend ist in Europa flächendeckend eine institutionalisierte Müllsammlung etabliert. In Deutschland ist die Abfallsammlung und -sortierung staatliche Aufgabe. Doch auch in Europa gib es Nachbesserungsbedarf. Noch immer ist in der EU kein Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle erreicht worden. Deponierung ist in Deutschland seit 01. Juni 2005 verboten und soll auf europäischer Ebene bis 2035 auf 10% reduziert werden. Plastik, das auf einer Deponie liegt, ist physisch gesehen nicht weg. Es kann von Stürmen und Hochwasser unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Darüber hinaus gibt es küstennahe Standorte in Europa, die nicht an eine Kläranlage angeschlossen sind. An solchen Standorten gelangt Abwasser ungefiltert und ungeklärt direkt in die Umwelt.

Auf europäischer Ebene gibt es einerseits Länder mit hohen Umweltstandards wie Deutschland, Österreich und die Niederlande. Andererseits gehören zur Europäischen Union auch Ländern wie Malta, Rumänien, Griechenland und Zypern, die eine Verwertung von weniger als 20% ihrer Abfälle vorweisen. Verbleibende Abfallmengen werden deponiert. Studienergebnisse (River plastic emissions to the world´s oceans, Nature Communications 8:15611) legen auch nahe, dass in kleinen Teilen Südeuropas und Polens über die Vermüllung der Küsten Plastik ins Meer gelangt.

Europaweit sind Investitionen in Höhe von 8,4 - 16,6 Mrd. € vorrangig in Sortier- und Trenntechnik notwendig. Mittelfristig werden zusätzlich neue energetische Verwertungsanlagen benötigt, um die Lagerung in der Umwelt zu beenden. Viele europäische Länder können sich aufgrund ihrer aktuellen Finanzlage solche Investitionen nicht leisten. Ein Verbot von Plastik-Einwegprodukten wie Wattestäbchen, Strohalmen und Plastikgeschirr reduziert die Plastikvermüllung in den Weltmeeren aus Europa nicht. Ganz Europa emittiert 0,05-0,18 Mio. Tonnen Kunststoffabfälle im Jahr und macht damit zwischen 1% bis 2% der gesamten Meeresvermüllung aus (http://science.sciencemag.org/con-tent/347/6223/768).

Die Frage, die wir stellen müssen, ist, wie wir unserer Verantwortung gerecht werden. Die von der EU gegebene Antwort auf das Problem der Verschmutzung der Meere ist unzureichend. Der EU zu Folge ist ein Verbot von Einwegartikeln ab 2021 ausreichend.

Aus unserer Sicht muss ganz Europa Vorbild werden bei der Sammlung und Sortierung von Plastikmüll, bei der Schließung von Kunststoffkreisläufen und bei der Beendigung der Erddeponierung.

3. Kunststoffe in Entwicklungs- und Schwellenländern

Weltweit sind die Hauptemittenten von Plastikabfall China, Indonesien, die Philippinen, Vietnam, Sri Lanka, Thailand und Ägypten; sie tragen maßgeblich zur Vermüllung der Meere bei. Auch in diesen Ländern sind Flüsse ein starker Eintragungspfad von Plastik in die Weltmeere. Zu den größten Quellen des Plastikmülls zählen Flüsse wie der Jangtse (China), der Ganges (Indien, Bangladesch), der Amazonas (Peru, Kolumbien, Ecuador, Brasilien) und der Mekong (China, Myanmar, Thailand, Laos, Kambodscha, Vietnam). Im Gegensatz zu Europa wird hier jedoch vorrangig Makroplastik in die Meere gespült.

Besonders für Entwicklungs- und Schwellenländer stellt die zunehmende Vermüllung der Meere ein ernsthaftes Problem dar. Diese Länder verfügen weder über die finanziellen, noch über die technischen Möglichkeiten, ihre Küsten- und Meeresgebiete von den Plastikabfällen zu reinigen. Zur Versorgung ihrer Bevölkerung sind diese Länder jedoch häufig in besonderer Weise auf eine saubere Küstenlinie angewiesen, um Fischerei und Tourismus zu fördern.

Die Fischerei bildet vieler Orts die Lebensgrundlage in meeresnahen Staaten, sowohl im Hinblick auf die Lebensmittelversorgungssicherheit als auch als berufliches Betätigungsfeld. Mittelfristig kann es zu Lebensmittelengpässen und zu fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven in der Fischerei und im Tourismus führen. Die wegfallenden Wirtschaftszweige tragen dazu bei, dass Menschen aus ihren Heimatländern flüchten.

Die Verschmutzung der Flüsse aus der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer ist vor allem darauf zurückführen, dass diesen Länder eine funktionierende Infrastruktur zur Entsorgung von Abfällen fehlt. Obwohl ein großer informeller Sektor in diesem Bereich besteht, mangelt es an offiziellen staatlichen Lösungen zur Abfallsammlung und Entsorgung. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen daher zukünftig in die Lage versetzt werden, ihren Abfall fach- und sachgerecht zu entsorgen und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft aufzubauen.

Allerdings ist die Entsorgung von Abfällen und Kunststoffen in Flüssen nicht nur ein Problem der Entwicklungsländer. Auch andere Staaten der Welt entsorgen ihren Abfall in fließenden Gewässern, obwohl sie über die finanziellen und technischen Möglichkeiten verfügen, ein gut funktionierendes Abfallentsorgungssystem aufzubauen. In diesen Staaten fehlt es am umweltpolitischen Bewusstsein, am Anreiz, abfallpolitische Strategien umzusetzen oder der Abfallbewirtschaftung die politische Priorität zu verleihen. Auf diese Staaten muss stärker, auch auf internationaler Ebene, eingewirkt werden, um dem Problem der Plastikvermüllung zu

begegnen. Wichtig ist, dass die wirtschaftlich starken Regionen wie Europa und Amerika, aber auch Schwellenländer wie China Verantwortung für die Verschmutzung der Weltmeere tragen. Viele Plastikwaren werden dort produziert und in die Welt exportiert.

Bisherige Abkommen zum Meeresschutz funktionieren nicht im ausreichenden Maße. Es mangelt an einem einheitlichen, stringenten, globalen Handeln. Zudem beruhen sie meist auf der freiwilligen Reduzierung von Eintragungen in die Umwelt oder sind geografisch auf einen Aktionsraum eingeschränkt. Meistens verstricken sich Industrieländer in Einzelprojekte, die räumlich, zeitlich und finanziell begrenzt sind. Auch deutsche Bemühungen stoßen an Grenzen. Eine internationale Lösung ist die einzige, die nachhaltig die Meeresumwelt schützt. Dabei muss der Fokus auf der dauerhaften Etablierung von Müllsammlungs- und Verwertungssystemen in den Entwicklungsländern liegen.

Wir fordern auf nationaler Ebene:

1. Auf kommunaler Ebene ausreichend Abfallsammelbehälter aufstellen.

2. Wir begrüßen und fordern die Verstetigung des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Programms „Plastik in der Umwelt“, welches Eintragungspfade, Auswirkungen auf die Umwelt und Minderungsmöglichkeiten der Eintragungen bis 2021 untersucht.

3. Wir fordern weitere Forschungsvorhaben im Bereich der Wasserreinhaltung zur Ermittlung von Methoden und Wegen, um Abwasser von Mikroplastiken zu reinigen.

4. Kompostiert oder vergärt werden dürfen in konventionellen Anlagen ausschließlich unverpackte oder vollständig entpackte und fremdstofffreie Lebensmittelabfälle.

5. Sich für eine europäische Strategie zur Reduzierung von Mikroplastik und Substitution in Wasch- und Reinigungsmitteln sowie Kosmetika einzusetzen.

6. Verpackte Lebensmittelabfälle dürfen nicht einer bodenbezogenen Verwertung zugeführt werden.

7. Eine systematische Erfassung der in den Klärschlämmen enthaltenen Meso- und Mikroplastiken.

Auf EU-Ebene fordern wir:

8. Eine systematische Erfassung der Plastikeinträge, die von europäischen Mitgliedsstaaten unter Aufschlüsselung in die Größenfraktionen Mikro- und Makroplastik sowie nach Mitgliedsstaaten, ins Meer emittiert werden.

9. Sich dafür einzusetzen, dass die EU Investitionshilfen für solche Mitgliedsstaaten bereitstellt, die zum Stand 2014 Recyclingquoten von unter 30% aufwiesen. Sowie eine Erklärung, sollten solche Länder die Finanzierungshilfen nicht abrufen.

10. Eine Vereinheitlichung der Abfallsortierung in Europa, sodass ein Markt für Sekundärplastikrohstoff entstehen kann.

11. Sich auf europäischer Ebene für gleiche Identifizierungsstandards in allen Stoffströmen einsetzen, sodass Industrien zweifelsfrei und sortenrein entsorgen können.

12. Weiter fordern wir einen besseren Vollzug des Umweltrechts.

13. Auf EU-Ebene auf ein Deponierungsverbot von unbehandelten Siedlungsabfällen hinzuwirken und dabei am Beispiel der deutschen Deponieverordnung zu agieren.

Weltweit fordern wir:

14. Investitionen zur Etablierung von Abfallsammel- und Verwertungssystemen in Schwellen- und Entwicklungsländern.

15. Im Rahmen des UNEP (United Nations Environment Program) auf eine multilaterale Lösung der Plastikverschmutzung der Weltmeere hinzuwirken und insbesondere solche Länder in die Pflicht zu nehmen, die in der Lage sind, Kreislaufwirtschaften zu etablieren und dies bisher nicht getan haben.

16. Die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. Schon heute zeigen Forschungsergebnisse, dass es möglich ist, Produkte mittels unterschiedlicher Verfahren – zum Beispiel mittels fluoreszenzbasierten Markern, sequenzcodierten Polymeren oder mittels anorganischer Marker, sogenannten Quantendots – zu markieren. Diese Markierungen können die Inhaltsstoffe der Produkte für eine bessere Sortierung und damit für ein besseres Recycling darstellen.

17. Dem einzelnen Kunststoffprodukt einen Wert beizumessen. In Pilotprojekten konnte mittels einer Blockchain gezeigt werden, wie einem Produkt ein Entsorgungswert zugeordnet werden kann. Dieser Entsorgungswert wird von den Produzenten hinterlegt. Wenn dieses Produkt oder die Verpackung als Abfall seinen Weg zu einer ordnungsgemäßen Sammelstelle findet, kann das hinterlegte Geld von dort abgerufen werden. So könnten professionelle Sammelsysteme auch in Schwellen- und Entwicklungsländern dauerhaft finanziert werden.

18. Eine zweite internationale Ozeankonferenz einzuberufen, um die Meeresvermüllung ins Bewusstsein der Staaten zu rücken.

19. Sich für eine Verpflichtungserklärung zwischen den Staaten einzusetzen, die zum Ziel hat, Plastikmüll zu reduzieren und die Meere von Plastik zu reinigen (Internationale Erklärung zur Vermeidung von Plastikmüll).

20. International darauf hinzuwirken, dass alle Konsumgüterproduzenten, die Plastik in ihren Produkten oder in der Verpackung ihrer Produkte verarbeiten, in die Pflicht genommen werden, um den Eintrag von Kunststoffen in die Ozeane maßgeblich zu reduzieren. Die nachhaltige Finanzierung von Entsorgungs-systemen in Schwellen- und Entwicklungsländern muss von denjenigen geschultert werden, die durch den Verkauf von Konsumgütern in diesen Ländern wirtschaftlich profitieren und somit auch für die Entsorgungssysteme der Abfälle Mitverantwortung tragen müssen.

21. Eine ehrliche Diskussion über Kunststoff zu führen. Unmittelbar nach der Nutzung ist Plastikmüll Abfall. Erst der stoffrein sortierte Kunststoffabfall kann zu Granulat verarbeitet werden, welches preislich auf den Weltmärkten konkurrenzfähig ist.

22. In der Entwicklungszusammenarbeit stärker noch als bisher Projekte zu fördern, die zum Ziel haben, ein funktionierendes und an Wirtschaftlichkeitskriterien orientiertes flächendeckendes Müllsammel-, Sortierungs- und -Müllverwertungssystem in den Zielländern aufzubauen.

23. Die eigenen Instrumente zur Vermeidung von Abfall in Gewässern zu evaluieren und daraus Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden können.